

Die Sozialisierung der Wirtschaft

Deutschland befindet sich seit dem Ausbruch der November-Revolution in einem Aggregatzustand, der aller Voraussagen, Urteile und Maßstäbe spottet. Es ist, als ob das Land in einen Raum geraten wäre, dessen Koordinaten sich bald dehnen, bald verkürzen, bald Spiralförmig, bald Wellenförmig annehmen. Parteien und Politiker, die noch vor wenig Monaten auch den demokratischen Parteien als Hochverräter am Reich und an ihrer Klasse erschienen, gelten heute als Schirmer des Staates gegen den Einbruch des Chaos; alles was von den gefeierten Größen des Gestern ausgeht, scheint unterdessen verächtlich und kann sich in der Öffentlichkeit nur mit Mühe Gehör verschaffen. Die bevorstehende Hungersnot und der in seinen Folgen nicht weniger unübersehbare Kohlen- und Wagenmangel, die jedem noch vor Wochen die härtesten Eingriffe in die Freiheit des einzelnen gerechtfertigt und erzwungen hätten, werden heute von den meisten mit stummem Fatalismus hingenommen. Die Zentralbehörden klagen, daß ihre Anordnungen durch die Weisungen der lokalen Revolutionsgewalten durchkreuzt werden. Diese wiederum sprechen vielfach den überkommenen Männern der Reichsämter das Recht ab, die Geschäfte des souverän gewordenen Arbeitervolks zu führen. Kompetenzfragen werden durch den Besitz von Maschinengewehren entschieden. Daß dennoch breite Strecken des deutschen Staatswesens den Anschein von Ordnung, Zucht und Regsamkeit bewahrt haben, mag anzeigen, wie stark die Reserven sind, die aus der früheren Staatsordnung und der früheren Gesellschaftsstruktur in das gegenwärtige Interregnum übernommen worden sind.

Diese Reserven sind nicht nur in dem Mechanismus der zivilen und militärischen Verwaltung zu finden, sondern vor allem in den wirtschaftlichen Verbänden der Arbeiterschaft. Ohne die organisatorischen Fähigkeiten und die geschäftlichen Erfahrungen der Gewerkschaftsführer würde die zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse über vorzügliche Agitatoren, Parlamentarier und Schriftsteller verfügen, den Anforderungen der neuen Lage aber auf keinem Felde gewachsen sein. Auf dem Würzburger Parteitag (Oktober 1917) ist von dem Referenten Cunnow, dem Nachfolger Karl Kautskys in der Schriftleitung der „Neuen Zeit“, in seinem Schlußwort zu den wirtschaftspolitischen Debatten, bekannt geworden, das Erfurter Programm, das heute noch offiziell als Grundlage der Parteipolitik gilt, sei schon zur Zeit seiner Ausarbeitung durch die Tatsachen überholt gewesen; die Partei habe aber noch keinen neuen theoretischen Boden unter den Füßen. Das einzig Sichere sei, daß die Entwicklung in die Richtung des Sozialismus führe. In einer solchen Lage ist man in erster Linie auf die ökonomischen Einsichten von Männern angewiesen, die ihrer Klasse weniger durch scholastische oder talmudische Ausdeutung des sozialistischen Kanons als durch Arbeit an den Dingen selbst gedient haben. Sie haben durch diese Arbeit die Katastrophen- und Verelendungstheorie des älteren Sozialismus selbst zu Fall gebracht und damit die Grundlagen für jeden künftigen sozialen Aufbau geschaffen.

Wenn jetzt der Rat der Volksbeauftragten, als die verantwortliche Reichs-Exekutive, erklärt, die Sozialisierung der Wirtschaft solle nur allmählich und nur so durchgeführt werden, daß die Eignung der Industrien und Handelszweige nach dem Grad ihrer Monopolreife zu prüfen ist, und wenn auch Führer der Minderheitssozialisten sich gegen radikale Änderungen der deutschen Wirtschaftsverfassung, zumal mit Hinsicht auf die Erhaltung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit aussprechen, so bedeutet das eine weitere, man

darf vermuten: endgültige Abwendung von der Wirtschaftsauffassung des Erfurter Programms. Denn mit diesem Dokument (es ist im Wortlaut abgedruckt im „W.-D.“ Nr. 48) wären alle Bedingungen für die Sozialisierung der Wirtschaft erfüllt, wenn eine Industrie in Großbetrieben konzentriert ist, und wenn der demokratisierte Staat die Möglichkeit erhält, Besitz von den Kapitalien dieser Betriebe zu ergreifen. Diese Bedingungen sind heute für die meisten der wichtigeren deutschen Industrien gegeben. Nichts leichter, als die noch nicht in Aktienform finanzierten Großbetriebe in Aktiengesellschaften zwangsweise umzuwandeln und dann zu bestimmen, daß die Aktien und Obligationen aller Unternehmungen eines bestimmten Industriezweiges gegen Schuldverschreibungen des Reiches umzutauschen sind. Dieser Vorschlag ist denn auch in der Tat von Professor Robert Wilbrandt, von der Universität Tübingen, in Form von „Grundsätzen für eine möglichst reibungslose und erfolgreiche Lösung der Eigentumsfrage“ im „Vorwärts“ vom 17. November gemacht worden.

Was würde auf diese Weise erreicht werden? Die Generalversammlung würde durch den Fiskus oder eine andere Reichsbehörde ersetzt werden; nicht mehr und nicht weniger. Ob die geplante Sozialisierung dadurch wesentlich gefördert würde, wäre noch immer eine offene Frage. Die Lohnarbeiter blieben Lohnarbeiter, das Direktorium Direktorium. An Stelle des Privatkapitalismus wäre der Staatskapitalismus getreten. Es ist aber zweifelhaft, ob der Staat, wenn er als Besitzer der (übrigens noch miteinander im Wettbewerb) stehenden Unternehmungen die Verantwortung für die Rentabilität der Betriebe trägt, so duldsam gegen soziale Lohn- und Arbeitsverfassungs-Experimente sein wird, wie heute, wo er nur an den Gewinnen, nicht aber an den Verlusten der Unternehmungen teil hat. Es wird nicht wenig Kapitalisten geben, die es vorziehen würden, ihre Anteilscheine gern gegen Schuldverschreibungen des Reiches einzutauschen, statt das Kapitalrisiko für ein Unternehmen zu tragen, dessen Rentabilität durch die unsinnigsten Lohnforderungen auf lange Zeit hinaus in Frage gestellt ist.

Die interimistische Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von der Übernahme aller Aktienkapitalien vorerst absehen und die Sozialisierung nur dort einleiten will, wo ein faktisches Privatmonopol in ein Staatsmonopol überzuführen ist, oder wo wirtschaftliche Zweckmäßigkeitserwägungen für die organisatorische Zusammenfassung eines Erwerbszweiges sprechen. Die Mehrheitssozialisten haben nicht ihre Meinung zu ändern brauchen, um zu diesem Standpunkt zu kommen; er entspricht durchaus ihrer Haltung auf dem Würzburger Parteitag. „Wir dürfen“, sagte damals Scheidemann in seinem Referat über „die nächsten Aufgaben der Partei“, „wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß, und welche der privaten Initiative zu überlassen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohl der Allgemeinheit. . . Wir wollen gewiss

nicht nach Schema F sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbauen; wo sie sich nützlich betätigen kann, mag sie weit ausgreifen, aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Regelung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlichen Regelung schrankenloser Preistreiberi Tür und Tor geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhütet werden? Eine ordnungslose Wirtschaft müßte ein solches Maß von Massenelend und Massenverbitterung erzeugen, daß der gewaltsame Ausbruch nahezu gewiss wäre. So drängt sich der Sozialismus auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung. Und auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal größerer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Kassen gehen, um Zinsen, Renten und Unterstützungen, Löhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung der staatlichen Finanzprobleme ist denkbar ohne gründliche Vermögensabgabe und Monopole. Diese sozialistische Wirklichkeit würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. Man müßte den Sozialismus erfinden, wenn es ihn nicht gäbe.“

Der Sozialismus aber, dessen Kommen bevorzuzustehen scheint, ist nicht die Organisation der Fülle, sondern die Organisation des Mangels. Gedacht als Mittel, um die gesteigerten Produktionskräfte des Landes dem Verbrauch der Massen dienstbar zu machen, erweist sie sich nun als Notkonstruktion, um das Fehlen des Nötigsten den Massen so erträglich wie möglich zu machen. Die Parteiführer warnen denn

auch schon vor luftigen Hoffnungen und bereiten darauf vor, daß das neue Wirtschaftssystem enttäuschen muß, wo immer man es jetzt anwendet. Wenn man einst gehofft hat, mit wenig Arbeitsstunden auszukommen, weil die Entwicklung der Maschinenteknik eine längere Arbeitszeit unnötig mache, soll jetzt der Arbeitstag eingeschränkt werden, weil die Rohstoffe nicht zu längerer Beschäftigung ausreichen. Überall verkehren sich Sinn und Wirkung der Maßnahmen ins Gegenteil, und es wird immer deutlicher, daß das Bild, das sich die Sozialisten von dem künftigen Idealzustand der Wirtschaft gemacht hatten, nur das Spiegelbild der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung war und also auch von ihren Bedingungen abhing. Die Weltkrise, die die Grundlagen dieser Ordnung zerstört hat, scheint auch den klassischen Sozialismus als ihr utopisches Gegenspiel in den gleichen Strudel reißen zu wollen. Soll damit gesagt sein, daß die Struktur unserer Volkswirtschaft im Grunde ungeändert bleiben wird? Wenn Sozialisierung nichts anderes bedeutet, als daß die im Staat organisierte Allgemeinheit in Zukunft größere Rechte an der Produktion und Verteilung der wirtschaftlichen Güter erhalten soll als in der Zeit des Hochkapitalismus, so wird man eine Steigerung dieser Tendenz ohne Prophetengabe voraussagen können. Das Prinzip des Ausgleichs zwischen dieser Tendenz und der für jede Zukunft nicht minder wichtigen Gegenkraft des Individualismus und der Selbstverantwortung zu finden, ist die ungeheure Aufgabe, die der deutschen Wirtschaft in diesen dunklen Zeiten gestellt ist.

Kurt Singer

Ein sozialdemokratisches Aktionsprogramm

Auf dem Würzburger Parteitag 1917 war der Vorstand der sozialdemokratischen Partei beauftragt worden, eine Kommission einzusetzen, die den Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie „auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ ausarbeiten und vorlegen sollte.

Die Kommission wurde gebildet aus den Genossen Auer München, Cunow-Berlin, Keil-Stuttgart, König-Dortmund, Landsberg-Magdeburg, Löbe-Breslau, Paepelow-Hamburg, Wissell-Berlin. Der Entwurf, den diese Kommission vorgelegt hat und den der Parteivorstand (nach dem Berliner „Vorwärts“ vom 23. Mai 1918) als für die Partei maßgebend anerkannt hat, soll das Erfurter Parteiprogramm (vgl. „W.-D.“ Nr. 48) nicht aufheben, sondern ergänzen. Wir geben den Entwurf im folgenden im Wortlaut wieder:

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstages über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit;

Beilegung der Geheimdiplomatie;

Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegesetze;

volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;

Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Überleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestsetzungen, soweit sich dies nach Friedensschluß für die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volkskreise mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmitteleinfuhr, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exports unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldigste Hebung des jetzigen Tiefstandes der deutschen Valuta im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.